



*„Die Stimme der KMU in Europa“*

## Die Europäische KMU dürfen nicht den Preis für die derzeitige Finanzkrise zahlen

Brüssel, 3. November 2008 – Die politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen müssen dafür sorgen, dass die Realwirtschaft nicht am Ende den Preis für die derzeitige Finanzkrise zahlt. Dies betonte Präsident Toifl auf der Vollversammlung der UEAPME, der europäischen Arbeitgeberorganisation für Handwerk und KMU, die am vergangenen Donnerstag in Tours im Vorfeld der Europäischen Konferenz für Handwerk und Kleinbetriebe stattfand. Mehr als 70 Delegierte aus 21 Ländern, Vertreter von 12 Millionen KMU in Europa, diskutierten wie am Besten auf die Auswirkung der Finanzkrise zu reagieren sei. Der Zugang zu Finanzierung bleibt ein Kernanliegen, stellten die Teilnehmer fest und forderten, dass das Geld, das jetzt in den Markt geflossen ist, auch den Kleinbetrieben zu Gute kommen muss und nicht dazu genutzt werden darf, die Banken zu sanieren. UEAPME und ihre Mitglieder werden die Entwicklung vor Ort sehr genau verfolgen. Konjunkturprogramme sind richtig und wichtig, solange damit nachhaltige Entwicklung und nicht kurzfristiger Verbrauch gefördert wird. Der Small Business Act muss jetzt umgesetzt werden, verlangten die Teilnehmer und warnten vor weiteren Belastungen. Die Auswirkungen früherer, derzeitiger und zukünftiger Gesetzgebung auf KMU muss überprüft werden.

*„Teilnehmer aus ganz Europa betonten die Notwendigkeit, KMU vor der beispiellosen Krise, die wir im Moment erleben, zu schützen. Ihre Stimme ist die Stimme des Rückgrats der europäischen Wirtschaft, eine Stimme, die die Politiker nicht außer Acht lassen dürfen“* betonte Präsident Georg Toifl. *„Die französische EU-Präsidentschaft und die Europäische Kommission haben bereits ihre Bereitschaft erklärt, mit den KMU-Vertretern zusammenzuarbeiten. Dies ist ein vielversprechendes Zeichen, aber es bleibt noch viel zu tun, um die Krise zu bewältigen, die voraussichtlich noch eine Weile dauern wird“* fuhr er fort.

Die Vollversammlung, die Georg Toifl als Präsidenten bestätigte, diskutierte notwendige Maßnahmen angesichts des wirtschaftlichen Abschwungs. Unternehmer in ganz Europa beginnen unter den Auswirkungen von Kreditrestriktionen zu leiden, da Kredite und Darlehen, traditionell die Hauptfinanzierungsquellen für KMU, limitiert bzw. sehr teuer werden. Die Mitgliedstaaten, die EZB und die EIB haben dem Markt Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Nun ist es an der Zeit sicherzustellen, dass diese auch die KMU erreichen, betonten die Teilnehmer der Vollversammlung. *„Ob eine Milliarde oder 30 Milliarden macht kein Unterschied, wenn diese in den Tresoren der Banken verschwinden und nicht den KMU zu Gute kommen. Die Mitgliedstaaten und die EIB müssen sicherstellen, dass es nicht passiert“* erklärte Generalsekretär Andrea Benassi, und erinnerte auch an die diesbezügliche Warnung von Präsident Sarkozy.

Zweitens seien auch Maßnahmen erforderlich, um den Erholungsprozess der europäischen Wirtschaft zu beschleunigen. Automatische Stabilisatoren sollen wirken und zusammen mit einer gewissen Flexibilität bei der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes öffentliche Ausgaben anstoßen. Diese müssen aber zielgerichtet Investitionen stimulieren, zum Beispiel Infrastruktur und Energieeffizienz, und dürfen in diesem Stadium nicht nur den Konsum fördern. Auch ist der Zeitpunkt für eine weitere Senkung des Zinssatzes durch die Europäische Zentralbank gekommen, die wichtige Impulse setzen kann, unterstrichen die UEAPME-Delegierten.

Drittens ist der Small Business Act nun wichtiger denn je. Die Prioritäten, die in der vergangenen Woche festgelegt wurden, müssen schnell, richtig und auf allen Ebenen umgesetzt werden. Sie sollten für den Wandel sorgen, den die KMU in entscheidenden politischen Bereichen erwarten und verdienen, und für zusätzlich Antrieb für die europäischen Kleinbetriebe sorgen.

Schließlich warnte UEAPME, dass in einer solch kritischen Wirtschaftslage die KMU keine zusätzlichen Auflagen und Kosten tragen können. *„Die politischen Entscheidungsträger dürfen in dieser entscheidenden Phase nicht wie gewohnt mit ihrer „Schön-Wetter-Politik“ weitermachen. Sie müssen verstehen, dass zu diesem Zeitpunkt zusätzliche Auflagen für die KMU das Fass zum Überlaufen bringen können. Alle anstehenden Gesetzesvorschläge müssen hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die KMU überprüft werden. Wenn die KMU nicht mehr tätig sind, kommt die ganze europäische Wirtschaft zum Erliegen“* stellte Herr Benassi fest.

\*\*\*\* ENDE \*\*\*\*

**ANMERKUNG DES HERAUSGEBERS:** UEAPME ist die Arbeitgeberorganisation, die die Interessen des Handwerks und der KMU aus der EU und aus den Kandidatenländern auf europäischer Ebene vertritt. UEAPME zählt 88 Mitgliedsorganisationen und vertritt insgesamt mehr als 12 Millionen Unternehmen mit ungefähr 55 Millionen Beschäftigten in Europa.

#### RÜCKFRAGEHINWEIS:

Gerhard Huemer, Direktor für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Tel. +32 (0)476 461 907, Email: [g.huemer@ueapme.com](mailto:g.huemer@ueapme.com)  
 Francesco Longu, Referent für Presse und Kommunikation, Tel. +32 (0)496 520 329, Email: [pressoffice@ueapme.com](mailto:pressoffice@ueapme.com)